

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Dienstag (Abend), 13. Juni 2017

Volkswirtschaftsdirektion

55 2017.RRGR.180 Motion 064-2017 Machado Rebmann (Bern, GPB-DA) Volksrechte wahren: Grossratsbeschluss und Volksabstimmung über die Frage der Beteiligung des Kantons Bern an den Olympischen Winterspielen 2026

Vorstoss-Nr.:	064-2017
Vorstossart:	Motion
Eingereicht am:	20.03.2017
Eingereicht von:	Machado Rebmann (Bern, GPB-DA) (Sprecher/in) de Meuron (Thun, Grüne) Rudin (Lyss, glp) Schindler (Bern, SP) Streit-Stettler (Bern, EVP) Knutti (Weissenburg, SVP) Kullmann (Hilterfingen, EDU)
Weitere Unterschriften:	0
Dringlichkeit gewährt:	23.03.2017
RRB-Nr.: 436/2017	vom 10. Mai 2017
Direktion:	Volkswirtschaftsdirektion

Volksrechte wahren: Grossratsbeschluss und Volksabstimmung über die Frage der Beteiligung des Kantons Bern an den Olympischen Winterspielen 2026

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Grossen Rat die Frage der Beteiligung des Kantons Bern an einer Kandidatur für die Olympischen Winterspiele 2026 zum Beschluss zu unterbreiten. Dieser Beschluss ist mit dem Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung zu verbinden.

Begründung:

Nach Artikel 62 Absatz 1 Buchstabe c und e der Verfassung des Kantons Bern (KV) unterliegen Ausgabenbeschlüsse über zwei Millionen Franken und Grundsatzbeschlüsse des Grossen Rates der fakultativen Volksabstimmung. Wenn 100 Mitglieder des Grossen Rates dies verlangen, wird der Beschluss der obligatorischen Volksabstimmung unterstellt (Art. 61 Abs. 2 KV). Der Grosse Rat kann also beschliessen, eine Vorlage, die der fakultativen Volksabstimmung untersteht, dem Volk direkt, d. h. ohne Unterschriftensammlung zu unterbreiten. Als mögliche Gründe für die Anordnung dieser sogenannten ausserordentlichen obligatorischen Volksabstimmung werden u. a. zeitliche Dringlichkeit genannt.¹

Die Regierung des Kantons Graubünden entschied Mitte September 2016, nachdem sie von der Dachorganisation Wirtschaft Graubünden das definitive «Grobkonzept Olympische Winterspiele Graubünden & Partner 2026» erhalten hatte, dem Grossen Rat einen Bruttoverpflichtungskredit von 25 Mio. Franken für die Einreichung einer Kandidatur Graubündens und die Führung des internationalen Bewerbungsprozesses (zusammen mit dem Kanton Zürich und weiteren Partnern) vorzulegen.² Nach der Zustimmung des Grossen Rates zur Kandidatur legte die Regierung die Frage der Kandidatur dem Volk zur Abstimmung vor. Man wollte nur mit einer vom Volk gutgeheissenen Kandidatur am Bewerbungsverfahren teilnehmen. «Damit liegt die notwendige politische Legitimation vor, und die erforderlichen Mittel stehen bereit, um den Prozess erfolgsversprechend voranzutrei-

¹ Walter Kälin/Urs Bolz, Handbuch des Bernischen Verfassungsrechts, Bern 1995, S. 402, RN 8a

² https://www.gr.ch/DE/institutionen/parlament/botschaften/Botschaften_20162017/Bot_09_2017_web.pdf

ben»³. Im Herbst 2018 sollte dann eine zweite Volksabstimmung über das detaillierte Projekt stattfinden, bei dem man von Kosten bis zu 340 Mio. Franken ausging.

Im Kanton Bern unterstützte der Regierungsrat Mitte Dezember 2016 die Kandidatur «2026. Les Jeux Swiss Made» in Ausschöpfung seiner maximalen Finanzkompetenz mit einer Million Franken aus dem Lotteriefonds. Das Projekt sehe Austragungsorte in den Kantonen Wallis, Bern, Freiburg, Waadt und Graubünden vor. Zentrum sei der Kanton Wallis mit der Host-City Sion, das zweite Olympische Dorf sei in Thun vorgesehen, und in Kandersteg solle das Skispringen stattfinden.⁴ Am 7. März 2017 stimmte der Exekutivrat von Swiss Olympic der Kandidatur von «Sion 2026» zu, die wiederum den Kanton Bern mit Bern und Biel als Austragungsorte für Eishockeyspiele mit einbezieht. Die Kandidatur allein soll insgesamt 24 Mio. Franken kosten,⁵ der Gemeinderat von Bern geht von einem Betrag von 65 bis 75 Millionen aus.⁶ Am 11. April 2017 wird das Sportparlament von Swiss Olympic die Wahl der Kandidatur von «Sion 2026» wohl bestätigen.⁷

Die Tour de France hinterlässt ungute Erinnerungen hinsichtlich des Vorgehens der Regierung des Kantons Bern und des Gemeinderates der Stadt Bern. Erst nachdem die nötigen Zusicherungen seitens der Stadt und des Kantons gemacht worden waren, konnten die Parlamente von Kanton und Stadt über die notwendigen Kredite befinden, notabene zu einem Zeitpunkt, in dem ein Rückzug nur noch mit einem Prestigeverlust möglich gewesen wäre. Nach der Durchführung des Anlasses wurden selbstredend Nachkredite gesprochen.⁸

Offenbar will man im Kanton Bern, in den Städten Thun sowie Bern wieder gleich verfahren und die Kandidatur hinter verschlossenen Türen aufgleisen, bis das Projekt soweit ausgereift ist, dass ein Ausstieg wie erwähnt nur noch theoretisch möglich ist. Es werden vermutlich hohe Kosten für die Allgemeinheit anfallen und Eingriffe in die Umwelt vorgenommen werden, so etwa die Erstellung einer Sprungschanze in Kandersteg. Trotzdem sieht sich der Regierungsrat nicht gehalten, Transparenz herzustellen und die Volksrechte mit einem frühzeitigen Einbezug der Stimmbevölkerung zu wahren. Dass es auch anders geht, hat die Regierung des Kantons Graubünden gezeigt.

Aus diesen Gründen soll der Regierungsrat baldmöglichst die vorgesehene Beteiligung des Kantons Bern an den Olympischen Winterspielen 2026 unter Ausweisung der möglichen anfallenden Kosten und der Auswirkungen auf Natur sowie Umwelt dem Grossen Rat zum Beschluss vorlegen. Hat der Grosse Rat zugestimmt, kann er den Beschluss dem Volk zur Abstimmung vorlegen.

Begründung der Dringlichkeit: Der Bewerbungsprozess für eine Kandidatur mit der Beteiligung des Kantons Bern ist fortgeschritten. Am 11. April 2017 wird das Sportparlament von Swiss Olympic wohl die Kandidatur von Sion 2026 bestätigen und die Kandidatur beim Internationalen Olympischen Komitee (IOC) einreichen.

Antwort des Regierungsrats

Swiss Olympic hat im März 2016 den Prozess für eine Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2026 gestartet. Darauf gestützt entwickelten verschiedene Gruppierungen Ideen für eine Kandidatur. Bereits fortgeschritten waren die Arbeiten im Kanton Graubünden. Der Regierungsrat erachtete eine eigene Kandidatur als nicht realistisch und die Stadt Bern lehnte es ab, Host City zu werden. Dagegen hat der Kanton Bern verschiedene Anlagen zu bieten, die sich für die Durchführung einzelner Wettkämpfe sehr gut eignen.

Aus verschiedenen Projektideen ist das Projekt «Sion 2026. Les Jeux au coeur de la Suisse» (Sion 2026) entstanden. Der Regierungsrat hat sich im Dezember 2016 entschieden, diese Kandidatur zu unterstützen, die verschiedene Durchführungsorte im Kanton Bern vorsieht. Der Regierungsrat unterstützt die Kandidatur, weil die Bedeutung einer Olympiakandidatur die Wirkung des üblichen Tourismusmarketings weit übertrifft. Die Olympischen Spiele wären eine Plattform, um den Kanton Bern als attraktive Tourismus- und Wintersportdestination, als Wirtschaftsstandort und als Lebensraum einem weltweiten Publikum zu präsentieren. Er hat deshalb an die Kosten der Vorbereitung der Kandidatur einen Beitrag von einer Million Franken aus dem Lotteriefonds bewilligt, sofern Sion

³ <https://www.gr.ch/DE/Medien/Mitteilungen/MMStaka/2016/Seiten/2016091301.aspx>

⁴ http://www.be.ch/portal/de/index/mediencenter/mediennmitteilungen/suche.meldungNeu.html/portal/de/meldungen/mm/2016/12/20161214_0935_regierungsrat_unterstuetztgemeinsamekandidatur

⁵ <http://www.blick.ch/news/schweiz/westschweiz/exekutivrat-stimmt-dafuer-swiss-olympic-will-olympia-in-sion-2026-id6332733.html>

⁶ https://ris.bern.ch/Geschaefte.aspx?OBJ_GUID=e167e75b242d4548ab70e8f0f23b05ae

⁷ http://www.swissolympicteam.ch/dam/jcr:e6df7af5-3a4a-4285-94a9-9c48609788a1/Zeitplan_2026_161017_DE.pdf

⁸ <http://www.srf.ch/news/regional/bern-freiburg-wallis/grosses-staunen-ueber-die-kosten-der-tour-de-france-in-bern>

2026 offizieller Kandidat wird.⁹ Die Auszahlung dieses Beitrages ist an weitere Bedingungen geknüpft. So muss die gesamte Finanzierung dieser Phase im Umfang von 24 Mio. Franken¹⁰ gesichert sein (Bund, Swiss Olympic, Kantone Wallis, Waadt und Freiburg, Standortgemeinden und Private); der Bund muss die Kandidatur unterstützen; Swiss Olympic muss sich für die Kandidatur Sion 2026 entscheiden und beschliessen, eine internationale Kandidatur einzureichen.

Träger der Kandidatur Sion 2026 ist ein Verein gemäss den Bestimmungen des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs. Der Kanton Bern ist nicht Mitglied dieses Vereins und er ist in den Leitungsorganen nicht vertreten.

Sion 2026 sieht grundsätzlich folgende Durchführungsorte vor:¹¹

Sion	Host City, Big Air
Crans-Montana, Veysonnaz	Ski / Snowboard alpin, Snow Cross, Buckelpiste/Springen, Parallelslalom
Leysin	Half Pipe / Slope Style
Goms	Langlauf, Biathlon
Kandersteg	Skispringen, Nordische Kombination
Lausanne	Eiskunstlauf, Short Track
Aigle	Eisschnelllauf
Bern, Biel, Freiburg	Eishockey
Visp	Curling
St. Moritz	Bob, Rodeln, Skeleton
Collombey, Thun	Olympische Dörfer
Martigny	Medienzentrum

Im Februar 2017 lehnten die Bündner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger einen Kredit von 25 Millionen Franken für die Vorbereitung der Kandidatur ab.

Der Exekutivrat von Swiss Olympic beschloss am 7. März 2017, die Kandidatur Sion 2026 weiter zu verfolgen. Das Sportparlament von Swiss Olympic hat diesen Entscheid am 11. April 2017 bestätigt und acht Millionen Franken für die Vorbereitung der Kandidatur bewilligt.

Die weiteren Schritte sind gemäss der Planung von Swiss Olympic:

Juli 2017	Konsolidierung des technischen Konzeptes durch die Kandidatur mit dem Nachweis der finanziellen Machbarkeit und dem Nachhaltigkeitskonzept, Einreichung des Unterstützungsgesuches an den Bundesrat
September 2017	Grundsatzentscheid des Bundesrates für/gegen olympische Winterspiele 2026 in der Schweiz, Auftrag zur Ausarbeitung der Botschaft an das Parlament
ab Herbst 2017	Vorbereitung der nationalen und internationalen Kampagne
Februar 2018	Anmeldung einer Schweizer Kandidatur beim IOC durch Swiss Olympic (Absichtserklärung)
Mai 2018	Verabschiedung der Botschaft des Bundesrates über die Kandidatur 2026 an das Eidgenössische Parlament
November 2018	Entscheid im Eidgenössischen Parlament
bis Dezember 2018	alle notwendigen Entscheide (inklusive Ablauf der Referendumsfristen) auf Ebene Bund, Kantone und Gemeinden liegen vor

⁹ RRB 1387/2016 vom 14. Dezember 2016; damals hiess die Kandidatur noch Winterspiele „2026. Les Jeux Swiss Made / Switzerland 2026. The Games“.

¹⁰ Die in der Motion genannten 65 bis 75 Millionen Franken beziehen sich auf die Kosten der Host City für die Vorbereitung der internationalen Kandidatur, Sion 2026 sieht diese im Umfang von 24 Millionen Franken vor.

¹¹ Stand März 2017; je nach Ergebnis der weiteren Projektarbeiten sind noch Änderungen möglich. Mehr zum Thema: <http://sion2026.ch/> und <http://www.swissolympicteam.ch/>

ab Januar 2019	Einreichung des Konzeptes der Kandidatur beim IOC
Sommer/Herbst 2019	Vergabeentscheid des IOC

In den nächsten Monaten sind also die vorgesehenen Standorte zu bestätigen und die Machbarkeit, die Kosten und die Finanzierung weiter zu detaillieren. Sion 2026 will die Spiele in Übereinstimmung mit der Agenda 2020 des Internationalen Olympischen Komitees nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit vorbereiten und durchführen. Dies bedeutet für den Regierungsrat insbesondere, dass er Neubauten nur unterstützt, wenn nicht nur der Bau einer Anlage als machbar beurteilt wird, sondern auch der langfristige Betrieb und Unterhalt sichergestellt sind. Dies setzt voraus, dass eine wirtschaftlich und gesellschaftlich sinnvolle Nutzung über die Spiele hinaus nachgewiesen ist. Selbstverständlich sind die Vorgaben des Planungs- und Umweltrechts einzuhalten. Ein Beitrag des Kantons Bern muss zudem seinen finanziellen Möglichkeiten entsprechen.

Das Vorgehen bei den beiden Kandidaturen Graubünden und Sion 2026 ist identisch. In einem ersten Schritt ist die Vorbereitung der Kandidatur zu bewilligen, in einem zweiten Schritt sind die Kosten der Durchführung zu bewilligen. Die Situation in den Kantonen Bern und Graubünden ist aber unterschiedlich. Der Kanton Bern strebt keine eigene Kandidatur an und die Host City ist nicht im Kanton Bern geplant. Er trägt deshalb nicht die finanzielle Verantwortung für die Vorbereitung der Kandidatur und musste nicht nach dem Bruttoprinzip die ganzen Kosten der Vorbereitung der Kandidatur bewilligen. Der Regierungsrat konnte somit in eigener Kompetenz über den Beitrag von einer Million Franken entscheiden.

Die Kosten für die Durchführung werden wiederum durch das finanzkompetente Organ zu bewilligen sein. Gleich wie im Kanton Graubünden sind im Rahmen der Vorbereitung der Kandidatur die notwendigen Infrastrukturen in den Durchführungsorten weiter zu planen, damit bei den zuständigen Organen die notwendigen Finanzbeschlüsse ausgelöst werden können, ebenso für die weiteren Ausgaben, die für die Durchführung der Spiele notwendig sind.

Die Motion verlangt, die Beteiligung des Kantons Bern in jedem Fall dem Grossen Rat und dem Volk vorzulegen, zudem sollen die Auswirkungen auf Natur und Umwelt ausgewiesen werden. Solange nicht geklärt ist, welche Kosten für den Kanton Bern anfallen werden, kann kein Ausgabenbeschluss ausgelöst werden und es ist offen, wer für die Bewilligung der Ausgabe zuständig sein wird. Gemäss den Vorgaben von Swiss Olympic müssen die Kosten der Durchführung bis Ende 2018 definitiv bewilligt sein, unter Einschluss allfälliger Volksabstimmungen. Diese zeitliche Vorgabe ist auch für den Kanton Bern verbindlich. Aussagen zu Auswirkungen auf Natur und Umwelt sind je nach Detaillierungsgrad möglich, eine definitive Klärung wird aber erst in den nachfolgenden Bewilligungsverfahren geklärt werden können. Diese Verfahren werden nur ausgelöst, wenn Sion 2026 den Zuschlag für die Durchführung der Spiele erhält.

Aufgrund dieser Vorgaben beantragt der Regierungsrat die Annahme als Postulat. Er teilt aber die Auffassung, dass eine Kandidatur nur eingereicht werden kann, wenn die erforderlichen Volksabstimmungen durchgeführt worden sind.

Der Regierungsrat beantragt:

Annahme als Postulat

Präsidentin. Ich hoffe, die Pause hat Ihnen auch gut getan. Nun fahren wir weiter mit der Volkswirtschaftsdirektion. Ich begrüsse Regierungsrat Christoph Amman ganz herzlich. Wir kommen zu Traktandum 55, zur Motion von Grossrätin Machado. Die Regierung ist bereit, diese als Postulat anzunehmen. Wir haben eine freie Debatte. Die Motionärin hat das Wort.

Simone Machado Rebmann, Bern (GPB-DA). Die Motion will, dass der Regierungsrat schnellstmöglich die vorgesehene Beteiligung des Kantons Bern an den olympischen Winterspielen 2026 darlegt, sodass der Grosse Rat über die Durchführung beschliessen kann. Die Motion will vermeiden, dass der Beschluss erst erfolgt, wenn die Projekte weit fortgeschritten sind und man dann nur noch als Spielverderber aussteigen könnte. Der Regierungsrat legt in seiner Antwort dar, dass er den Kanton Bern mit den Austragungsorten Bern und Biel für Eishockey und Kandersteg für Ski-springen an Sion 2026 beteiligen will. Wie der Regierungsrat darstellt, gibt es im Kanton Bern keine Host-City und das IOC hat sich den Grundsätzen der Nachhaltigkeit verpflichtet. Wir sind gespannt auf deren Umsetzung. Der Regierungsrat hat die weiteren Schritte aufgezeigt. Als nächstes wird sich der Bundesrat für oder gegen die olympischen Winterspiele in der Schweiz entscheiden. Im

November 2018 wird das eidgenössische Parlament darüber befinden, leider erst nach der nationalen und internationalen Kampagne. Bis im Dezember 2018 sollen alle notwendigen Entscheide vorliegen, also auch diejenigen des Kantons Bern. Aus der Antwort des Regierungsrats zur Frage, weshalb man nicht bald die vorgesehene Beteiligung des Kantons zum Beschluss vorlegen könne, wurde ich nicht schlau. Nicht Host-City zu sein, ist ebenso wenig ein Grund wie die gegenwärtige Unklarheit der Kosten. Diese muss man halt berechnen. Man spricht von Kosten in dreistelliger Millionenhöhe.

Der Regierungsrat soll vorwärts machen und uns baldmöglichst die von ihm geplante Beteiligung des Kantons Bern an den olympischen Winterspielen, deren finanzielle Konsequenzen und Angaben über die Auswirkungen auf Natur und Umwelt zum Beschluss vorlegen. Nun bin ich gespannt auf die Ausführungen der Fraktionen und des Regierungsrats. Allenfalls werden wir danach die Motion in ein Postulat wandeln.

Präsidentin. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Darf ich Sie bitten, den Lärmpegel etwas zu senken, damit man die Rednerinnen und Redner hört? Gibt es Mitmotionäre, die sprechen möchten? – Grossrat Rudin hat als Mitmotionär das Wort, er spricht gleichzeitig für die glp Fraktion.

Michel Rudin, Lyss (glp). Draussen haben wir schon die Demonstrationen gesehen. Bald müssen wir wieder über das Sparen sprechen, und dann fragen wir uns, was sich der Kanton Bern leisten kann und was nicht. Das ist für die glp-Fraktion auch der Grund, weshalb sie diesen Vorstoss unterstützt und weshalb ich selber unterschrieben habe. Als ehemaliger Spitzensporttrainer habe ich nichts gegen Sport, und es ist einfach eine Realität, dass Sport die Unterstützung der öffentlichen Hand braucht. Doch wir müssen schauen, was wir uns leisten wollen und was nicht. Deshalb haben wir auch den Eindruck, dieses Projekt muss vor das Volk, bevor wir dafür viel Geld in die Hand nehmen. Das ist die einzig richtige Möglichkeit. Deshalb unterstütze ich diesen Vorstoss und habe ihn auch mit eingereicht. Und deshalb will ihn auch die grünliberale Fraktion unterstützen, eine grosse Mehrheit auch als Motion. Beim Postulat sind wir einstimmig.

Präsidentin. Wir kommen zu den reinen Fraktionsvoten.

Samuel Leuenberger, Trubschachen (BDP). Nach dem Votum der Motionärin bin ich etwas irritiert. Sie sagte, der Vorstoss verlange, dass der Regierungsrat die Frage der Olympiakandidatur des Kantons Bern schnellstmöglich dem Grossen Rat vorlegen müsse. Das «schnellstmöglich» kann ich den Forderungen der Motion nicht entnehmen. Vielmehr sehe ich zwei andere Forderungen. Die erste will, dass der Regierungsrat die Kandidatur dem Grossen Rat zum Beschluss vorlegt. Das wird er zwangsläufig machen müssen, nämlich dann, wenn der Grosse Rat einen Beitrag an die Kandidatur beschliessen muss, für den er zuständig ist. Die zweite Forderung des Vorstosses will diesen Beschluss mit dem Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung verbinden. Das ist ein Novum. Die BDP hat über diese beiden Fragen diskutiert und nicht über die Frage, ob man «schnellstmöglich» vor den Grossen Rat kommen muss.

Unsere Diskussion war sehr kontrovers. Bezüglich dem Vorstoss als Motion gab es verschiedene Lager. Das eine sagt, das ist für den Kanton Bern und auch für seine Publizität ein derart wichtiges Geschäft, dass es durchaus Sinn macht, ausnahmsweise schon vorgängig zu entscheiden, einen solchen Finanzbeschluss des Grossen Rats dem Referendum einer Volksabstimmung zu unterstellen. So könnte man nämlich Zeit sparen und die Referendumsfrage im Grossen Rat bereits mit dem Kreditbeschluss diskutieren.

Das andere Lager hat den Vorstoss etwas globaler gesehen und gesagt, wir wissen ja noch nicht einmal, worum es genau geht und ob überhaupt eine Kandidatur eingereicht wird. Wir wissen auch noch nicht, was das kosten wird. Wir wissen auch nicht, welche Eckwerte ein solcher Beschluss beinhaltet. Es sei etwas zu viel, nun hier bereits vorsorglich einen Vorstoss mit diesen Forderungen zu überweisen. Die Fraktion ist somit bezüglich der Motion gespalten, ein Postulat würde sie jedoch überweisen. Allerdings verstehen wir diesen Vorstoss so, wie er geschrieben ist und nicht so, wie er soeben begründet wurde.

Andrea de Meuron, Thun (Grüne). Ich spreche nicht nur als Mitmotionärin, sondern auch für die Fraktion der Grünen. Man kann von der Olympiade halten, was man will. Bei diesem Vorstoss geht es grundsätzlich um ein demokratiepolitisches Anliegen, und das ist uns ganz wichtig. Aus Sicht der grünen Fraktion ist es deshalb unbedingt notwendig, den Volkswillen zur Olympiafrage vor dem

Einreichen einer allfälligen Kandidatur einzuholen. Das Volk soll sagen, ob es dereinst öffentliche Gelder für einen solchen Megaanlass ausgeben will. Wie mein Vorredner schon gesagt hat, können wir nämlich heute noch nicht sagen, ob es bei dieser Million Franken bleibt, die man bereits zulasten des Lotteriefonds gesprochen hat. Völlig unklar ist auch, wer die notwendigen Anpassungen an die Infrastruktur bezahlt. Dabei denke ich an die Skisprungschanze in Kandersteg, die 20 Mio. Franken kosten soll. Ebenso ist offen, wer die wahrscheinlich immensen Kosten für die Sicherheit übernehmen soll. Die Regierung hat eine Finanzkompetenz, der Grosse Rat ebenso, und wir haben auch schon erlebt, dass das gesprochene Geld dann manchmal nicht ausreicht und massive Nachkredite notwendig werden. Ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit ist die Tour de France. Wir wollen hier im Grossen Rat keine Nachkredite sprechen, wenn der Gesamtbetrag dann vielleicht gar nicht mehr in unserer Kompetenz liegen wird.

Die Finanzierung ist das eine. Die fehlende Nachhaltigkeit und die negativen Auswirkungen auf die Umwelt das andere. Der Regierungsrat sagt zwar, er setzte sich für nachhaltige Spiele ein. Das wäre tatsächlich spannend, doch wenn man dann die Antwort zur Interpellation der Grünen zur Olympiade liest, dann weiss man, dass er de facto gar nichts zu sagen hat, weil er ja für die Planung und Durchführung gar nicht verantwortlich ist. Und seien wir ehrlich: dem IOC das Spiel diktieren zu können, dürfte wohl ein Traum sein. Wir Grünen vermuten auch, dass genau das am Schluss das Hauptproblem sein wird. Die Austragungsorte haben wenig bis gar nichts zu sagen, aber beim Bezahlen dürfen wir gerne helfen. Deshalb verwundert es nicht, dass die Stadt Bern kein Interesse gezeigt hat, Olympiadorf zu werden, und wenn man ausserhalb der Schweiz schaut, verwundert es ebenso wenig, dass Stockholm kürzlich verlauten liess, die olympischen Spiele nicht zu wollen. Deshalb fragen wir doch besser die Berner Bevölkerung noch bevor alle anderen involvierten Kantone ihre Bevölkerung fragen. Das wäre uns auch wichtig, und es würde sicher auch die Chancen einer Kandidatur fördern. Auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik würde gestärkt, wenn man so rasch wie möglich transparent informiert und die notwendigen Vorlagen vor das Volk bringt. Wir Grünen werden deshalb klar ja sagen, zu einer Motion grossmehrheitlich und zu einem Postulat auch ganz deutlich.

Anne-Caroline Graber, La Neuveville (SVP). La motion dont nous débattons demande que les coûts de la participation bernoise à la préparation de la candidature «2026. Les Jeux Swiss Made» soient soumis au Grand Conseil, ce dernier étant invité à soumettre cet objet à une votation populaire. Selon la Constitution cantonale bernoise et la législation pertinente, il ne serait pas forcément nécessaire de soumettre la part bernoise du financement de la préparation de la candidature valaisanne aux Jeux d'hiver de 2026 au vote du peuple. Comme vous le savez, la candidature suisse pour les Jeux olympiques d'hiver de 2026 n'est pas celle de notre canton. Si la candidature suisse pour ces Jeux était acceptée par le CIO, c'est le canton du Valais qui en première ligne et prioritairement serait chargé de l'organisation, de l'exécution et de la responsabilité de cette manifestation planétaire. Dans le concept global de cette candidature, notre canton abriterait la majorité des matchs du tournoi olympique de hockey sur glace à Berne et à Bienne, ainsi que les épreuves de saut à ski et du combiné nordique à Kandersteg. De surcroît, Thounne aurait le privilège d'être le deuxième village olympique, après Collombey, Sion étant la ville hôte. Les auteurs de la motion semblent ne pas insister suffisamment sur le fait que les communes de Berne, de Bienne, de Thounne et de Kandersteg sont presque davantage concernées par la candidature suisse à ces Jeux olympiques et par leur organisation éventuelle, que notre canton en tant que tel. À cet égard, la comparaison qu'ils établissent avec la procédure d'approbation politique de la candidature grisonne à ces mêmes Jeux nous paraît tout à fait inopportune. À juste titre, le Conseil-exécutif le relève d'ailleurs dans sa réponse.

Les auteurs de la motion sont certes des collègues de qualité, ils nous permettront toutefois de penser que leur intention première est de faire échouer la candidature suisse aux Jeux olympiques d'hiver de 2026 ou, à tout le moins, d'empêcher la participation de notre canton et de certaines de nos communes à cette manifestation. Ce dessein nous semble aussi clair que l'eau de l'Aar à sa source. Cette volonté politique d'obstruction apparaît nettement dans ce passage de la motion: «des coûts élevés sont à prévoir pour la collectivité et la construction d'un tremplin de saut à ski à Kandersteg serait notamment une atteinte à l'environnement». Ce n'est pas faire injure aux auteurs de la motion que de pressentir que la majorité d'entre eux recommanderait à la population de voter non si la participation bernoise à la candidature suisse aux Jeux d'hiver 2026 était soumise au vote du peuple. Les auteurs de la motion se réfèrent à la votation populaire qui a eu lieu aux Grisons, avant tout parce que le peuple de ce canton a refusé la candidature Grisons-Zurich le 12 février

dernier. On en déduira que les auteurs de la motion invoquent les droits populaires, surtout pour avoir la possibilité d'empêcher la participation bernoise à ces Jeux. Dans sa majorité, le groupe UDC partage l'avis du Conseil-exécutif selon lequel la portée et la signification d'une candidature aux Jeux dépasse de loin les effets du marketing touristique habituel. Ces Jeux pouvant servir de plateforme pour présenter au monde entier le canton de Berne comme une destination touristique attractive, un lieu de rendez-vous pour les sports d'hiver, un centre économique et un lieu de vie. Cela a d'ailleurs été le cas pour l'arrivée d'une étape du tour de France à Berne en juillet 2016, lorsque plus d'un milliard de téléspectateurs ont vu défiler les magnifiques images de la ville de Berne pendant plus de 30 minutes. L'UDC étant très attachée au droit populaire, notre groupe, dans sa majorité, accepterait que l'idée des motionnaires de soumettre la participation bernoise à la candidature valaisanne aux Jeux d'hiver de 2026 soit retenue sous la forme d'un postulat.

Daniel Hügli, Biel/Bienne (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion unterstützt dieses Anliegen im Allgemeinen. Olympische Winterspiele im Herzen der Schweiz sind auch für den Kanton Bern aus verschiedenen Gründen sehr interessant. Diese Spiele sollen an verschiedenen Standorten des Kantons durchgeführt werden. Volkswirtschaftlich ist es sicher gut, wenn Tourismus und Wirtschaft im Kanton angekurbelt werden und auch die Wintersport-Branche Werbung erhält. Das ergibt eine sehr gute Präsentationsplattform für den Kanton Bern, und deshalb stehen wir dem grundsätzlich positiv gegenüber. Es ist auch eine Chance, etwas Positives bezüglich nachhaltiger Infrastrukturen mit langfristigen Nutzungsmöglichkeiten zu bewirken. Kurze Reisewege und einen hohen Standard beim Umgang mit der Umwelt müssen Ziele sein. Auch bezüglich der Dimensionen dürfen diese Spiele nicht ausufern. Im Kanton Bern wollen wir massvolle Spiele durchführen können.

Wir sind ganz klar für Transparenz und dass man das Projekt der Stimmbevölkerung und auch uns bald vorlegt und möglichst früh auch die Volksvertreterinnen und -vertreter einbezieht. Dabei stellt sich allerdings die Frage, wann man uns und die Stimmbevölkerung baldmöglichst einbeziehen kann. Das ist gegenwärtig noch offen. Solange die Kosten noch nicht ganz klar sind, weiss man auch nicht, wer die Finanzkompetenz hat. Bis das klar ist, müssen wir zuwarten. Deshalb überweisen wir diesen Vorstoss nicht als Motion, sondern stimmen nur einem Postulat zu.

Ein besonderes Augenmerk werden auch wir auf die Auswirkungen auf die Umwelt richten und im mehrstufigen Verfahren sehr genau hinschauen, sodass dies sorgfältig geprüft wird. Erst danach werden wir entscheiden, ob wir dahinterstehen und zustimmen können. Gegenwärtig ist es noch schwierig, definitiv zu sagen, ob wir dahinterstehen und es absolut unterstützen können. Aber grundsätzlich sind wir dafür, dass das Volk dazu etwas sagen kann. Deshalb überweist die SP-JUSO-PSA-Fraktion das Postulat.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Die EVP-Fraktion wird diesem Vorstoss als Postulat zustimmen. Bei der Motion sind unsere Meinungen geteilt. Aufgrund der Erfahrung mit der Tour de France, finden wir es stossend, dass der Regierungsrat über eine Teilnahme des Kantons Bern bei der Olympiade entscheiden kann und wir als Grosser Rat und je nach Kredithöhe dann auch als Volk erst beim Kredit zum Handkuss kommen. Der Entscheid für oder gegen die Olympiade ist für uns nicht nur finanzieller Natur. Diesen Aspekt hat er sicher auch, und wir fragen uns natürlich, ob diese Ausgabe nun wirklich notwendig ist, wenn wir die finanzielle Situation unseres Kantons betrachten. Doch für uns ist der Entscheid für oder gegen die Olympiade viel grundsätzlicher. Es geht beispielsweise auch um die Umwelt; zum Beispiel darum, ob wir Land mit irgendwelchen zusätzlichen Gebäuden überbauen sollen, die nach der Olympiade nicht mehr gebraucht werden. Es geht auch um die Wirkung der Olympiade, beispielsweise auf den Tourismus und auf das Image der Schweiz. Ob man der Olympiade eine grosse Wirkung zutraut oder nicht, wird kontrovers diskutiert. Wir finden es legitim, dass nicht alle Grossrätinnen und Grossräte in diesem Punkt übereinstimmen und dass man auch darüber diskutieren darf und nicht nur über das Geld.

Nun doch noch ein kurzes Wort zum Geld: Wir können uns bereits die Argumentation des Regierungsrats vorstellen, wenn dann der Kredit für die Olympiade kommt. Es wird heissen, dass die Planung schon weit fortgeschritten sei, dass man jetzt nicht mehr nein sagen könne und man die internationalen Akteure sowie die anderen beteiligten Kantone nicht enttäuschen, respektive im Stich lassen dürfe. Wenn wir auf diese Art unter Druck gesetzt werden, einen Kredit einfach mehr oder weniger abzunicken, statt rechtzeitig einen Grundsatzentscheid zu fällen, ist es auch unbefriedigend. Deshalb stimmt die EVP-Fraktion diesem Postulat zu, wenn es gewandelt wird.

Samuel Kullmann, Hilterfingen (EDU). An meinem ersten Sessionstag als frischgebackener

Grossrat durfte ich diese Motion mitunterschreiben, und ich danke Grossrätin Machado, dass sie auf mich zugekommen ist. Ich brauchte nur eine Minute, um mir dazu Gedanken zu machen, denn für mich und für die EDU-Fraktion ist das eine klare Sache. Wenn es um eine grössere Ausgabe geht, wie hier abzusehen ist, dann soll das Volk wirklich frühzeitig in diesen Entscheid eingebunden werden.

Nun hatten wir gestern eine sehr interessante Mittagsveranstaltung, wo Swiss Olympic das Konzept vorgestellt und Fragen gut beantwortet hat. Dabei hat sich auch einiges zum Hauptanliegen der EDU-Fraktion bei dieser Motion beantwortet. Wir wollen nicht, dass grosse Beträge gesprochen werden und man dann irgendwann sagt: Liebes Volk, nun müssen Sie zustimmen, weil wir bereits so viel ausgegeben haben. Wie das Projekt nun aber aufgegleist zu sein scheint, ist das nicht der Fall. Der Kanton Bern hat bisher 1 Mio. Franken gesprochen. Das lag in der Kompetenz des Regierungsrats; das ist okay! Bis zur definitiven Entscheid sollen keine weiteren Beträge gesprochen werden, und dieser kommt dann auch vor den Grossen Rat und dann vor das Volk. So habe ich das gestern verstanden. Wenn dem so ist, rennen wir mit dieser Motion offene Türen ein. Doch hier soll trotzdem offiziell festgehalten werden, dass dies wirklich ein Anliegen ist. In diesem Sinne unterstützen wir die Motion und natürlich auch das Postulat.

Hans-Jörg Pfister, Zweisimmen (FDP). Die FDP-Fraktion hielte es nicht für gut, wenn wir dieses Projekt heute schon killen würden. Die von der Regierung gesprochene Million ist für uns richtig, damit das Dossier erstellt werden kann. Wenn das Dossier erstellt ist, sieht man sicher weiter und kann sagen, in welche Anlagen der Kanton Bern noch zusätzlich investieren müsste. Gegenwärtig ist es eine PR-Aktion, und diese müsste man wirklich laufen lassen. Die Regierung sagt mit ihrer Annahme des Postulats selber, dass sie das Volk anhören will. Und das Volk kann dann immer noch nein sagen. Wenn wir das objektiv anschauen, dann würde wohl auch eine Olympiade, bei welcher der Kanton Bern mitmachen könnte, in der Schweiz keine Chance haben, wenn es im Graubünden nicht ging. Die FDP-Fraktion unterstützt das Postulat.

Präsidentin. Wir kommen zu den Einzelvoten.

Thomas Fuchs, Bern (SVP). Es ist schon sehr interessant, was hier alles erzählt wurde. Grossrätin de Meuron und Grossrätin Machado haben gesagt: Das Volk muss mitentscheiden. Super! Aber wo sind dann die Taten, nach diesen schönen Worten? Was geschah bei der Tramabstimmung? Dort wollte man auch, dass das Volk darüber abstimmen kann. Und es sagte: Nein, das braucht es nicht. Was war mit der Reitschul-Initiative? Dort wurde das Volksrecht ergriffen, sie kam gültig zustande, und Sie hatten die Frechheit, sie für ungültig zu erklären. Und hier kommen Sie nun heuchlerisch und jammern von Volksrecht und dass man schauen müsse, dass das Volk darüber abstimme. Nein! So geht es nicht!

Wenn es früher Leute wie Sie gegeben hätte, dann gäbe es heute noch keine Gurtenbahn, keine Niesenbahn, kein Schilthorn-Restaurant und wahrscheinlich auch keine Skilifte und logischerweise auch keine olympischen Spiele. Wir sind aber der Meinung, dass olympische Spiele durchaus eine Chance sind. Man kann nachher mitsprechen, und ich habe lieber olympische Spiele, bei denen ich selber mitentscheiden kann, als dass das Ausland nachher Freude hat, wenn wir von vornherein einfach nicht mitmachen, alles verhindern und dann sagen: Wir sind grün, und wir sind für das Volk.

Raphael Lanz, Thun (SVP). Von einigen Referentinnen und Referenten wurde hier auch das Sparen angesprochen. Wir seien da dran und müssten schauen, ob wir uns das leisten können. Damit bin ich grundsätzlich einverstanden. Aber vergessen Sie nicht, ein solcher Anlass kreiert auch Chancen, und davon habe ich leider etwas zu wenig gehört. Wir können nicht vor lauter Sparen keine Chancen mehr kreieren! Wenn wir hier zur Überzeugung gelangen, dass die Chancen grösser sind als die Ausgaben, dann müssten wir das in jedem Fall tun. Wenn gesagt wurde, es sei ein demokratiepolitisches Anliegen, dass man nun hier darüber abstimmen könne, dann kann man das im Grundsatz gut teilen, und ich tue das auch. Aber wenn man sagt, man wolle frühzeitig abstimmen, gibt es ein Problem. Haben die Stimmberechtigten kein Anrecht auf ausreichende Informationen? Haben sie kein Recht darauf, dass wir ihnen die tatsächlichen Auswirkungen darlegen können? Ich meine, gerade wegen dieser demokratiepolitischen Anliegen dürfen wir dem Stimmvolk eine Vorlage erst unterbreiten, wenn wir die Auswirkungen solcher olympischen Spiele klar aufzeigen können. Noch etwas zu den Unterstellungen, dass der Regierungsrat bereits Verträge abschliesse und so weiter: Ich bin hier, weil Thun ja als olympisches Dorf im Gespräch ist und ich ein wenig dabei war.

Im Moment sieht es für mich überhaupt nicht danach aus, dass der Regierungsrat den Kanton Bern über das hinaus verpflichten würde, was er bereits eingegangen ist und das wir alle kennen. Aus meiner Optik ist dies aus heutiger Sicht eher eine Unterstellung, die nach meinen Erfahrungen nicht zutrifft.

Noch ein Wort zur Nachhaltigkeit: Aufgrund der Infrastruktur in unserem Land wären wir meines Erachtens für das Ausrichten von nachhaltigen Spielen prädestiniert. Wenn wir das nicht können, wer soll es dann tun? Wer soll das Beispiel sein, dass man das wirklich kann? Wir haben in allen Nachhaltigkeitsdimensionen gute Voraussetzungen, um wirklich nachhaltige Spiele zu machen. Und wenn gesagt wird, das IOC entscheide dann ohnehin selber und würde uns diktieren: Dem ist nicht so! Die Kandidatur ist, wie sie ist, und man adressiert die Probleme der Nachhaltigkeit. Danach sagt dann das Auswahlgremium: Das wollen wir und das nicht. Dort wollen wir keine Kompromisse eingehen und hier schon. Meines Erachtens wäre unser Land für eine Vorreiterrolle prädestiniert, und deshalb sollte man auch diese Volksentscheide nicht übers Knie brechen. Ich bin auch dafür, dass das Volk entscheiden kann, aber zur rechten Zeit und wenn genügend Informationen vorliegen. Deshalb ist wahrscheinlich die Überweisung als Postulat richtig.

Christoph Ammann, Volkswirtschaftsdirektor. Ich danke Ihnen für diese Debatte. Von der SP-JUSO-PSA- und der FDP-Fraktion sowie von Einzelsprecher Lanz habe ich viele sachliche Argumente gehört, die es mir ermöglichen, meine Antwort abzukürzen. Ich habe verschiedene Ängste, Befürchtungen und Sorgen gespürt. Wer die Regierungsantwort gelesen und den erwähnten Sprechern genau zugehört hat, müsste eigentlich keine Angst mehr haben, denn darin sind alle Informationen und Erklärungen dazu vorhanden.

Drei konkrete Befürchtungen möchte ich nun entkräften. Erstens gebe die Regierung einfach so Geld aus, ohne dass jemand mitsprechen könne. Das ist überhaupt nicht der Fall! Die Regierung hat in abschliessender Zuständigkeit 1 Mio. Franken bewilligt, und diese ist für die internationale Bewerbungsphase vorgesehen. Bis heute hat der Kanton Bern noch keinen einzigen Franken für das Ausarbeiten des Dossiers ausgegeben. In dieser Phase nennt man das «technisches Konzept», und dafür ist das Organisationskomitee zuständig. Es ist als Verein organisiert und daher auch selber für die Beschaffung der Mittel zuständig. Diese Angst kann ich Ihnen somit nehmen. Es ist kein Kreditbeschluss der Regierung gefallen, bei dem nicht klar und zeitgerecht informiert worden wäre, wofür er ist und wann er ausgelöst wird.

Die zweite Befürchtung ist, dass die Regierung etwas vor sich hin wurstle, und dazu wird eine unangemessene Analogie mit der Tour de France und mit Graubünden herangezogen. Ich kann Ihnen versichern, dass dieses Dossier gut geführt ist, soweit es in der Zuständigkeit der Regierung liegt, also dort, wo es um politische Fragestellungen geht. Es berücksichtigt auch die wirtschaftlichen Interessen unseres Kantons und fragt, wo die Chancen und die Risiken liegen. Solche Fragen muss sich eine Regierung immer wieder stellen, wenn sie strategisch unterwegs ist. 1 Mio. Franken wurde nicht zuletzt auch deshalb bewilligt, weil man einen Fuss in der Türe haben wollte, als sich die Sion-2020-Organisation innerhalb kurzer Zeit aus verschiedensten Gruppierungen gebildet hat, unmittelbar bevor das Dossier zuhänden des Schweizerischen Olympischen Komitees eingereicht werden musste. Die Regierung sagte damals: Wir sehen eine Chance. Abklärungen, die in die Tiefe gehen, fehlen zwar noch, aber wir halten den Fuss hinein. Wir wollen schauen, was die weiteren Abklärungen bringen und sind unter gewissen Bedingungen bei der internationalen Bewerbung dabei. Weil es eine schweizerische Kandidatur ist, braucht es auch die Beteiligung und das Engagement des Bundes. Das ist eine der Bedingungen. Ein Zeitplan zeigt klar auf, wann welche Entscheidungen zwingend und spätestens gefällt werden müssen, und die Regierung hat zeitgerecht und transparent informiert.

Drittens wird befürchtet, dass die Regierung die zuständigen Organe, also Parlament oder Volk, bei wichtigen Fragen übersteuern möchte. Das ist hanebüchen! Die Regierung hält sich selbstverständlich an die geltende Rechtsordnung und an ihre Kompetenzen. Deshalb sagt sie eben auch ja zum Vorstoss in Form eines Postulats. Sobald die Auslegeordnung, die Abklärungen und die Informationen in einer Tiefe vorliegen, die es seriöserweise braucht, um über etwas befinden zu können, wird die Regierung selbstverständlich rechtzeitig dem zuständigen Organ einen allfälligen Kreditantrag vorlegen. Das wird ganz klar vor Ende 2018 sein, und ebenso klar wird das vor dem Einreichen einer Schweizer Kandidatur stattfinden. Auf diesen Zeitpunkt hin müssen alle notwendigen Kreditbeschlüsse und Zustimmungen von sämtlichen Partnerstädten und Partnerkantonen für das Projekt Sion 2026 vorliegen. Damit habe ich Ihnen hoffentlich diese dritte und wohl grösste Angst nehmen können. Die Regierung sagt ja zum Vorstoss in Form eines Postulats.

Simone Machado Rebmann, Bern (GPB-DA). Ich komme auf das Wort «baldmöglichst» zurück, das Grossrat Leuenberger aufgenommen hat. Ich habe das nicht uminterpretiert. Vielmehr haben wir bereits im Vorstoss Folgendes geschrieben: «Aus diesen Gründen soll der Regierungsrat baldmöglichst die vorgesehene Beteiligung des Kantons Bern an den olympischen Winterspielen» und so weiter. Das wurde also dort bereits erwähnt und war auch so gemeint. Zudem hat sich «baldmöglichst» auch aus dem Zeitplan ergeben, den uns der Regierungsrat dargelegt hat. Ab Herbst 2017 wird die nationale und internationale Kampagne vorbereitet. Ich weiss nicht, wie Sie Kampagnen kennen, aber ich kenne nur solche mit Inhalten. Also werden auch Inhalte vorliegen.

Weshalb wollen wir bald einen Beschluss über die Frage der Beteiligung des Kantons Bern an den olympischen Winterspielen fällen können? Das geschieht auch deshalb, weil wir nicht wollen, dass die Pläne weit fortschreiten und es nachher heisst, nun können wir nicht mehr zurückgehen. Damit knüpfe ich beim Referat von Grossrätin Streit an. Wir sollen jetzt den Entscheid demokratisch fällen und zwar mit einem möglichst bald zu erfolgenden Beschluss des Grossen Rats und allenfalls einer Volksabstimmung. Nach dem Anhören Ihrer Voten und den Zusicherungen von Regierungsrat Ammann bin ich bereit, in ein Postulat zu wandeln.

Präsidentin. Damit kommen wir zur Abstimmung über ein Postulat. Wer bereit ist, diesen Vorstoss als Postulat anzunehmen, stimmt ja, wer das ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme als Postulat

Ja	129
----	-----

Nein	2
------	---

Enthalten	1
-----------	---

Präsidentin. Sie haben das Postulat angenommen.